

Niederschrift
über die 30. Sitzung des Gesundheitsausschusses (Hybridsitzung)
am 15.05.2020 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank	(für Herbrecht)
Heister, Joachim	(digitale Teilnahme)
Loepp, Helga	
Mucha, Constanze	(digitale Teilnahme)
Nabbefeld, Michael	
Schavier, Karl	(digitale Teilnahme)

SPD

Böll, Thomas	(für Schmidt-Zadel)
Ciesla-Baier, Dietmar	(digitale Teilnahme)
Heinisch, Iris	
Schulz, Margret	(Vorsitzende)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Barion, Katrin	(digitale Teilnahme)
Kresse, Martin	
Tuschen, Johannes-Jürgen	(für Beck, digitale Teilnahme)

FDP

Becker-Blonigen	(für Franke)
Feiter, Stefan	

Die Linke.

Hamm, Gudrun

FREIE WÄHLER

Alsdorf, Georg

von den Fraktionsgeschäftsstellen

Runkler, Hans-Otto FDP

Gäste

Glagla M. A., Daniela Die Linke.

Verwaltung

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"

Lüder, LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"

Thewes, LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"

Dr. Schartmann, LVR-Fachbereichsleiter "Sozialhilfe II" (digitale Teilnahme bis TOP 8)

Woltmann, LVR-Stabsstelle "Inklusion und Menschenrechte" (digitale Teilnahme bis TOP 6)

Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 29. Sitzung vom 06.03.2020
3. LVR-Institut für Forschung und Bildung
- 3.1. Verabschiedung der Betriebssatzung für das LVR-Institut für Forschung und Bildung (LVR-IFuB) **14/4075 E**
- 3.2. Geschäftsordnung für den Vorstand des LVR-Instituts für Forschung und Bildung **14/4076 E**
4. Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass“ **14/3990 E**
5. Modellprojekt zum inklusiven Sozialraum **14/4033 E**
6. Anträge und Anfragen der Fraktionen
7. Bericht aus der Verwaltung
8. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

9. Niederschrift über die 29. Sitzung vom 06.03.2020
10. Personalmaßnahmen
- 10.1. Befristete Weiterbeschäftigung und Wiederbestellung zum Pflegedirektor im Klinikvorstand der LVR-Klinik Bedburg-Hau **14/4041 B**
- 10.2. Abberufung als Stellvertretende Pflegedirektorin im Klinikvorstand der LVR-Klinik Bedburg-Hau **14/4035 B**
- 10.3. Befristete Weiterbeschäftigung und Wiederbestellung zur Pflegedirektorin im Klinikvorstand der LVR-Klinik Bonn **14/4028 B**
- 10.4. Befristete Weiterbeschäftigung und Wiederbestellung zum Kaufmännischen Direktor und Vorsitzenden des Klinikvorstandes im LVR-Klinikum Düsseldorf **14/4049 B**
- 10.5. Wiederbestellung zum Stellvertretenden Pflegedirektor im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf **14/4048 B**
- 10.6. Wiederbestellung zur Ärztlichen Direktorin im Klinikvorstand der LVR-Klinik Langenfeld **14/4029 B**
11. Krankenhausplanung NRW 2015 hier: Neurologisch-neurochirurgische Frührehabilitation **14/4043 B**

- 12. Aufwands- und Ertragsentwicklung im I. Quartal 2020 in den LVR-Kliniken und der LVR-Krankenhauszentralwäscherei
- 12.1. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Klinik Bonn **14/4065 K**
- 12.2. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Klinik Düren **14/4024 K**
- 12.3. I. Quartalsbericht 2020 des LVR-Klinikums Düsseldorf - Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf **14/4045 K**
- 12.4. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Klinik Köln **14/4044 K**
- 12.5. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Klinik Langenfeld **14/3999 K**
- 12.6. I. Quartalsbericht 2020 der LVR Klinik Mönchengladbach **14/4036 K**
- 12.7. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Klinik Viersen **14/4037 K**
- 12.8. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Klinik für Orthopädie Viersen **14/4038 K**
- 12.9. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Krankenhauszentralwäscherei **14/4056 K**
- 12.10. I. Quartalsbericht 2020 der LVR-Klinik Bedburg-Hau **14/4050 K**
- 12.11. I. Quartalsbericht 2020 des LVR-Klinikums Essen **14/4082 K**
- 13. Maßregelvollzug
- 13.1. Aktueller Bericht
- 13.2. Belegungssituation im Maßregelvollzug
- 14. Anträge und Anfragen der Fraktionen
- 15. Bericht aus der Verwaltung
- 16. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:45 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:15 Uhr
Ende der Sitzung:	11:15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung. In Reaktion auf die derzeitige COVID-19-Pandemie wird die Sitzung als sogenannte „Hybridsitzung“ durchgeführt, d. h. zum Teil in Präsenz im Sitzungsraum und zum Teil als Tele-/Videokonferenz. Die Teilnehmenden, die der Sitzung per Tele-/Videokonferenz beigewohnt haben, sind in der Anwesenheitsliste entsprechend gekennzeichnet. Die Abstimmung erfolgt in Fraktionsstärke nach dem Prinzip einer Soll-Stärken-Vereinbarung durch ein anwesendes Mitglied jeder Fraktion im Sitzungsraum.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses erklären sich mit der Empfehlung des Ältestenrates einverstanden.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau Wenzel-Jankowski erläutert, um die Dauer der Ausschusssitzungen zu reduzieren und damit das Ansteckungsrisiko zu minimieren, sei in der Sitzung des Ältestenrates am 30.04.2020 vereinbart worden, dass die Tagesordnungen der Ausschüsse, die ab Mai bis zu den Sommerferien tagen, so kurz wie möglich gehalten werden, und damit nur Beschluss-, aber keine Kenntnisnahmevorlagen auf die Tagesordnungen gesetzt werden sollen. Auf der Grundlage dieser Entscheidung seien die Quartalsberichte nicht auf die Tagesordnungen der Krankenhausausschüsse genommen worden. Daneben werde auf die Kurzfristigkeit zwischen dem Quartalsende und dem Redaktionsschluss für die Krankenhausausschüsse im Mai hingewiesen.

Um den Mitgliedern der Krankenhausausschüsse die Inhalte dieser Quartalsberichte trotzdem zeitnah zur Kenntnis zu geben, seien diese am Mittwoch, 13.05.2020, an alle Mitglieder der Krankenhausausschüsse versandt worden.

Durch dieses Vorgehen sei den Krankenhausausschüssen 2, 3 und 4 eine inhaltliche Befassung und Beratung über die Quartalsberichte selbstredend nicht mehr möglich gewesen. Frau Wenzel-Jankowski ist es aber nochmals wichtig zu bestätigen, dass diese Vorgehensweise nicht der gemäß § 21 Abs. 7 Zuständigkeits- und Verfahrensordnung bestehenden Unterrichtungspflicht genüge. Die versandten Quartalsberichte würden daher in der Sitzungsfolge im September ordnungsgemäß auf die Tagesordnungen der Krankenhausausschüsse aufgenommen.

In Abstimmung mit den Geschäftsführern der Fraktionen seien ausnahmsweise die Quartalsberichte kurzfristig auf die Tagesordnung des heutigen Gesundheitsausschusses gesetzt worden. Zielsetzung sei es gewesen, dem Ausschuss Informationen zukommen zu lassen, die regelhaft durch die im Gesundheitsausschuss in Personalunion vertretenden Mitglieder der Krankenhausausschüsse eingebracht würden, was aktuell aus oben dargelegten Gründen nicht möglich gewesen sei. Frau Wenzel-Jankowski betont, dass die Zuständigkeit der Krankenhausausschüsse durch dieses Verfahren nicht ersetzt werden solle, was im Übrigen einen Verstoß gegen die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung begründen würde. Mit dieser Vorgehensweise solle vielmehr sichergestellt werden, dass alle dem Gesundheitsausschuss für die Wahrnehmung seiner Aufgaben (nach § 20 Zuständigkeits- und Verfahrensordnung) erforderlichen Informationen vorliegen.

Frau Wenzel-Jankowski führt weiter aus, in Zeiten wie diesen seien manchmal, unter Wahrung des zur Verfügung stehenden Rechtsrahmens, ungewöhnliche, agile Handlungsformen gefordert und bedankt sich insoweit für die Bereitschaft und Flexibilität des Gesundheitsausschusses, den hier vorgeschlagenen Weg mitzugehen.

Der Gesundheitsausschuss ist mit einer Beratung einverstanden.

Herr Feiter und Herr Kresse weisen aber darauf hin, dass in ihren Fraktionen noch entschieden werden müsse, ob ggf. Sondersitzungen der Krankenhausausschüsse zur Beratung der Quartalsberichte beantragt werden.

Herr Feiter führt aus, bei den Krankenhausausschüssen handele es sich um

Betriebsausschüsse. Um entsprechende Steuerungsmöglichkeiten zu haben, müssten die Quartalsberichte als Steuerungsinstrument den Betriebsausschüssen zeitnah zur Verfügung stehen. Zukünftig dürfe ein solches Verfahren nicht mehr vorkommen.

Herr Kresse ergänzt, nach der Betriebssatzung habe der Klinikvorstand nach § 18 III Betriebssatzung eine juristische Verpflichtung, die Betriebsausschüsse zu unterrichten. In seiner Fraktion müsse noch beraten werden, ob ggf. eine Sondersitzung der Krankenhausausschüsse erforderlich sei.

Herr Boss erklärt, in Abstimmung mit den Geschäftsführern der Fraktionen seien die Quartalsberichte ausnahmsweise auf die Tagesordnung des Gesundheitsausschusses gesetzt worden. Angesichts der weiterhin aktuellen Corona-Pandemie sollte er Aufwand möglichst gering gehalten werden. Die jetzige Situation erfordere flexible Lösungen. Eine Beratung der Quartalsberichte werde in den September-Sitzungen erfolgen. Alle Beteiligten seien im Lernprozess, wie diese außergewöhnliche Situation, die durch die Corona-Pandemie entstehe, am besten zu lösen sei.

Der aktualisierten Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 15.05.2020 wird zugestimmt.

Punkt 2

Niederschrift über die 29. Sitzung vom 06.03.2020

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

LVR-Institut für Forschung und Bildung

Punkt 3.1

Verabschiedung der Betriebssatzung für das LVR-Institut für Forschung und Bildung (LVR-IFuB)

Vorlage Nr. 14/4075

Frau Wenzel-Jankowski erläutert, nach dem Entwurf der Betriebssatzung müsse es ab 01.01.2021 für das LVR-Institut einen Fach- und Betriebsausschuss geben. Nach § 13 Abs. 2 LVerbO könne die Landschaftsversammlung durch Satzung bestimmen, dass für weitere Geschäftsbereiche Fachausschüsse gebildet werden, und nach § 11 Abs. 3 LVerbO könne der Landschaftsausschuss den Fachausschüssen bestimmte Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs zur selbstständigen Entscheidung übertragen. Bis zur Bildung eines Betriebs- und Fachausschusses sei der Landschaftsausschuss zuständig.

Frau Heinisch äußert den Wunsch, dass der Betriebs- und Fachausschuss des LVR-Instituts für Forschung und Bildung dem Gesundheitsausschuss angegliedert wird.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Betriebssatzung zur Neugründung des LVR-Instituts für Forschung und Bildung wird gemäß der Vorlage Nr. 14/4075 zugestimmt.

Punkt 3.2

Geschäftsordnung für den Vorstand des LVR-Instituts für Forschung und Bildung

Vorlage Nr. 14/4076

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Geschäftsordnung für den Vorstand des LVR-Instituts für Forschung und Bildung wird vorbehaltlich des Inkrafttretens der Betriebssatzung für das LVR-Institut für Forschung und Bildung zum 1.1.2021 gemäß der Vorlage 14/4076 zugestimmt.

Punkt 4

Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass“

Vorlage Nr. 14/3990

Herr Woltmann erläutert, bei den beiden Projekten zur Integrierten Beratung handele es sich um folgende Projekte:

- Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung (SEIB)
- Digitales Webportal (jetzt: "LVR-Beratungskompass").
-

Dezernatsübergreifend würden dabei die Themen Sozialraumstrategie, Partizipation, Selbstbestimmung und Unterstützung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und psychischen Beeinträchtigungen, erkennbar. Ziel beider Projekte sei, das Recht auf zugängliche Informationen und eine auf selbstbestimmte Teilhabe ausgerichtete Beratung zu stärken.

Frau Heinisch lobt das Projekt. Es handele sich um ein sehr komplexes Verfahren, dessen Verlauf sehr zufriedenstellend sei. Sie bittet, über das Projekt laufend zu berichten.

Herr Kresse hebt hervor, es sei sehr zu begrüßen, dass das Projekt an bestehende Projekte im Sozialraum andocke. Er bittet, in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses die Modellregion zur integrierten Beratung in der psychiatrischen Versorgung in Solingen vorzustellen.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Umsetzungsstand der beiden LVR-Projekte (Sozialräumliche Erprobung und digitaler Beratungskompass), die auf der Grundlage der beschlossenen "Leitidee" und der "Eckpunkte" zur Integrierten Beratung entwickelt wurden, wird gemäß Vorlage Nr. 14/3990 zur Kenntnis genommen und dem beschriebenen weiteren Vorgehen zugestimmt.

Punkt 5

Modellprojekt zum inklusiven Sozialraum

Vorlage Nr. 14/4033

Herr Dr. Schartmann erläutert, eine ausdifferenzierte Konzeption für ein Modellprojekt könne erst in Zusammenarbeit mit den beteiligten Kommunen erfolgen, da sich die

Sozialräume im Rheinland sehr voneinander unterschieden und nur vor diesem Hintergrund eine exakte Projektstruktur erarbeitet werden könne. Das Modellprojekt solle in drei Mitgliedskörperschaften im Rheinland durchgeführt werden: Stadt Essen, StädteRegion Aachen und Rhein-Sieg-Kreis. Das Modellprojekt solle eine Laufzeit von drei Jahren umfassen, da die Netzwerk- und Aufbauarbeit eine gewisse Zeit in Anspruch nehme.

Frau Heinisch führt aus, es stelle sich als sehr spannend dar, einen inklusiven Sozialraum zu schaffen. Dieses könne eine Vorbildfunktion für andere Regionen im Rheinland haben.

Herr Kresse lobt das Projekt gerade im Hinblick auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Dadurch werde ebenfalls eine größere Sozialraumorientierung anvisiert. Es müssten entsprechende Verhandlungen mit den Kommunen vor Ort geführt werden, mit dem Ziel, dass möglichst bald Impulse in die Fläche erfolgen können.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gemäß der Vorlage 14/4033 beauftragt, auf der Basis des vorliegenden Konzeptes das Modellprojekt zur Entwicklung inklusiver Sozialräume umzusetzen.

Punkt 6

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Herr Kresse fragt nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit in den LVR-Kliniken, insbesondere in der sozialen Rehabilitation und der Beschäftigung in den Werkstätten für behinderte Menschen. Desweiteren interessiert ihn, ob die Behandlungen in den Tageskliniken fortgesetzt werden konnten bzw. ob eine aufsuchende Behandlung möglich gewesen sei.

Frau Wenzel-Jankowski antwortet, die Werkstätten für behinderte Menschen mussten geschlossen werden. Sowohl durch Mitarbeitende der Werkstätten für behinderte Menschen als auch durch Pflegekräfte aus den ebenfalls geschlossenen Schulen sei eine Unterstützung im Verbund Heilpädagogischer Hilfen erfolgt. Angesichts der Lage durch die Corona-Pandemie müssten Einsätze immer flexibel organisiert werden. Die Zusammenarbeit mit den Werkstätten für behinderte Menschen werde mindestens bis Ende Mai fortgesetzt.

Aufgrund der Verfügungen des Ministeriums zu den hygienischen Vorschriften, den Abstandsregelungen und der aktuellen Entwicklung seien die Behandlungen sowohl im stationären als auch im teilstationären Bereich der LVR-Kliniken zurückgefahren bzw. eingestellt worden. Teilweise hätten die Menschen auch Angst gehabt, zur Behandlung zu erscheinen. Es sei vermehrt auf Telefon und Videokonferenzen zurückgegriffen worden, die auch durch die Krankenkassen finanziert worden sind. Eine aufsuchende Hilfe sei aus hygienischen Gründen nicht machbar. Durch die Entwicklungen seien den psychisch erkrankten Menschen Angebote weggebrochen.

Unter Beachtung der hygienischen Vorschriften, der Abstandsregelungen sowie möglicherweise erforderlich werdender Quarantäne und Isolation, würden jetzt die Angebote im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich wieder hochgefahren. Stationär liege dieses bei ca. 75 - 80 % und teilstationär bei ca. 60 - 70 %, unter Berücksichtigung der Gruppenstärke. Daneben sei es auch eine große Anforderung an die Behandelnden, im ambulanten Bereich die Abstandsregelungen zu beachten.

Auf Frage von Herr Kresse berichtet Frau Wenzel-Jankowski zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit in den LVR-Kliniken.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 7
Bericht aus der Verwaltung

Keine Anmerkungen.

Punkt 8
Verschiedenes

Frau Heinisch und Herr Kresse danken allen Mitarbeiter*innen für ihre gute Arbeit in den Zeiten der Corona-Pandemie.

Aachen, 30.05.2020

Die Vorsitzende

Schulz

Köln, 25.05.2020

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Wenzel-Jankowski